

Blickpunkte

GENAUER HINGESCHAUT



Die Bundesregierung will ein Gesetz verschärfen, das die Informationsfreiheit für Journalisten empfindlich einschränken würde.

DEMOKRATIE BRAUCHT VIELE STIMMEN.

„Lieber Herr Blume, gerade lese ich auf der dpa (...) zum Verbrennerverbot. Vielleicht wäre auch eine andere Stimme ratsam, die auf das Potential von E-Fuels hinweist? Ich kann da durchaus argumentative Unterstützung gebrauchen. Beste Grüße, Ihr Christian Lindner“ – „Lieber Herr Lindner, volle Unterstützung von Porsche Seite. Letzten Freitag war ich damit in der FAZ. Wir legen nochmal nach. Danke für Ihren Einsatz. Viele Grüße, Oliver Blume“. Das sind zwei von insgesamt zwölf Textnachrichten, die sich der damalige FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner und der damalige Porsche-Vorstandsvorsitzende Oliver Blume im Sommer 2022 schrieben. Die Öffentlichkeit hätte nie von dieser Einflussnahme, die unter dem Namen „Porsche-Gate“ Wellen schlug, erfahren, gäbe es das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) nicht. Ebenso wenig wie von jener Liste mit Namen von vorwiegend Unionsabgeordneten, die 2020 beim damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) anklopfen mit der Intention, Maskendeals für Firmen einzufädeln. Mit Erfolg: Allein über Spahns Bundestagsbüro wurden Kontakte zu 29 Masken-Unternehmen vermittelt – verbunden mit teils erheblichen Provisionen für die Vermittlungstätigkeit der Abgeordneten. Die Presse wird oft als vierte Staatsgewalt bezeichnet, die den anderen Dreien auf die Finger schaut – vor allem der Legislativen, also der gesetzgebenden Gewalt, spricht der Regierung und dem Parlament. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, brauchen Journalisten Werkzeuge, die sie



Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt jedem Interessierten Einsicht in Akten und Dokumente von Behörden. Noch. ARCHIVFOTO: JOHANNES SADEK/PICTURE ALLIANCE/DPA

Was steht da genau drin?



Der SMS-Verkehr von Christian Lindner (FDP, Foto) und Porsche-Chef Oliver Blume schlug 2022 hohe Wellen. ARCHIVFOTO:MICHAEL KAPPELLER/PICTURE ALLIANCE/DPA

nutzen können. Wie eben das Informationsfreiheitsgesetz. Doch das soll jetzt nach Plänen der schwarz-roten Koalition reformiert werden. Mit weitreichenden Folgen, kritisieren Transparenzplattformen wie FragDenStaat oder abgeordnetenwatch.de. Sie sprechen von einer „Bedrohung unserer Demokratie“. Bislang ermöglicht das Gesetz Einblicke in unveröffentlichte Dokumente von Behörden – und zwar für jeden, der das möchte. Einen Grund dafür muss niemand angeben. Auskunftspflichtig sind fast alle Behörden auf kommunaler Ebene sowie auf Landes- oder Bundesebene. Ausgenommen sind etwa nur Geheimdienstinformationen sowie Infos über laufende Gerichtsverfahren oder solche, die die innere Sicherheit betreffen. Online-Plattformen wie FragDenStaat vereinfachen die Antragstellung durch vorgefertigte Anschreiben und eine Auswahlmöglichkeit der jeweiligen Behörde. Insgesamt sind dort rund 40.000 öffentliche Stellen hinterlegt. Anfragen kann man grundsätzlich jede Art von Dokumenten wie Schriftverkehre, interne Protokolle, Baupläne oder Datensätze. Einfache Anfragen mit überschaubarem Bearbeitungsaufwand werden kostenlos beantwortet. Laut dem vom Koalitionsausschuss am 1. Juli beschlossenen 34-Punkte-Papier „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ sollen Anträge künftig begründet werden müssen, um ein „berechtigtes Interesse“ nachweisen zu können. Außerdem soll der Kreis der Antragsberechtigten stark eingeschränkt werden auf „natürliche Personen“, die eine Auskunft „nicht durch andere Regelungen erreichen können“. Damit werden de facto alle Journalistinnen und Journalisten ausgeklammert, die über das Presserecht ihr Recht auf Informationszugang geltend machen können. Allerdings beschränkt sich dabei die Information auf eine reine Beantwortung der journalistischen Fragen, es gibt keinerlei Anspruch auf Akteneinsicht oder Herausgabe von behördlichen Unterlagen wie beim IFG. Zudem sind die Behörden auch an keine Fristen gebunden. Aktuelle und auch kritische Anfragen können somit zeitlich ins Leere laufen. Zudem will die Regierung prüfen, ob sie das Recht auf „in Deutschland lebende Deutsche und Unionsbürger“ beschränkt, was den Kreis der Auskunftsberechtigten noch einmal erheblich schrumpfen ließe. Zudem würden Interessenverbände wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausgeschlossen. Das hält die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten – ein Zusammenschluss der Beauftragten für Akteneinsicht, Informationsfreiheit und Transparenz des Bundes und der Länder – für konventionswidrig. Zur geplanten Reform gehört überdies noch eine deutliche Erhöhung der Gebühren für aufwendige Behördenanfragen, die schon jetzt bei bis zu 500 Euro liegen. Und was sagt das zuständige Ministerium



Jens Spahn (CDU) machte 2020 Maskendeals mit Firmen, die von Unionsabgeordneten eingefädelt wurden. ARCHIVFOTO: MICHAEL KAPPELLER/PICTURE ALLIANCE/DPA

zu den Reformplänen? Auf PZ-Anfrage heißt es aus dem Haus von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU): „Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt, das Informationsfreiheitsgesetz mit einem Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung zu reformieren. Das ist und bleibt das vereinbarte Ziel.“ Das IFG solle so ausgestaltet werden, „dass Handhabbarkeit für die Verwaltung, Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und Sicherheitsanforderungen gleichermaßen berücksichtigt werden“. Diese „Weiterentwicklung“ solle in Abstimmung mit der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) umgesetzt werden. Interessant ist letzterer Aspekt vor dem

DIE ZAHL

19.000

ANFRAGEN sind im vergangenen Jahr laut einer offiziellen Statistik der Bundesregierung mittels des Informationsfreiheitsgesetzes bei den obersten Bundesbehörden und deren Einrichtungen eingegangen.

Hintergrund, dass es auch einen Bundesbeauftragten für das IFG selbst gibt. Von ihm ist hier aber keine Rede. Das legt die Vermutung nahe, dass sich eine Recherche des MDR bestätigen könnte, wonach das Bundesinnenministerium diesen Posten im Zuge der Reform ganz abschaffen möchte. Damit würde eine zentrale Kontrollinstanz wegfallen, an die sich bislang jene Personen wenden können, die ihr Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden verletzt sehen. Das wäre ein weiterer scharfer Einschnitt in die Informationsfreiheit, wenn das Gesetz Realität wird. Bislang hat es den Status eines Entwurfs, der noch fertig ausgearbeitet werden und dann vom Kabinett beschlossen werden muss. Danach geht es auf dem parlamentarischen Weg in den Bundestag. Hier findet die Beratung und Abstimmung statt. Der Bundesrat muss es abschließend billigen.

Der Geldkoffer der Emirate lockt Unternehmer an

■ Botschafter Ahmed Alattar erklärt beim CDU-Wirtschaftsfrat, warum sein Land hier investiert.

KATHARINA LINDT | PFORZHEIM

Die Zahl hat alle aufhorchen lassen: Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen 40 Milliarden Euro in Deutschland investieren. Es gibt also noch Staaten, die an die Zukunft dieses Landes glauben – trotz seines derzeit miserablen Rufs als lahme Ente. Das jedenfalls hat der Präsident der Emirate, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, bei seinem Staatsbesuch in der vergangenen Woche in Berlin bekräftigt. Es ist eine Zahl, die bewusst in die breite Öffentlichkeit getragen wurde. Denn: „80 Prozent der Schlacht ist Kommunikation“, sagt Ahmed Alattar, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, der auf Einladung von Staatsminister

Gunther Krichbaum (CDU) an diesem Freitag nach Pforzheim gekommen ist. Zuvor besucht er das Medizintechnikunternehmen Richard Wolf in Knittlingen. Beim Mittagstisch des CDU-Wirtschaftsrates hört der Botschafter vom Sektionssprecher Georg Wellendorf, was aktuell in Deutschland schief läuft: Insolvenzen auf hohem Niveau, miserables PISA-Ergebnis und ein massives Desinteresse junger Menschen, sich selbstständig zu machen. Hinzu kommen Krisen, Kriege und Zölle – wer ist da noch bereit, in Deutschland zu investieren? „Wir sind einer der größten Investoren in Deutschland“, sagt Alattar selbstbewusst. Almosen sind es nicht: Dahinter steckt wirtschaftliches Kalkül. Die Post-Öl-Ära ist dank großer Staatsfonds in greifbarer Nähe gerückt: Die Nicht-Öl-Wirtschaft steht inzwischen für knapp 80 Prozent der Wirtschaftsleistung. „Wir sind ein globales Hub für Busi-



Ahmed Alattar, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate

ness.“ Investitionen in deutsche Start-ups wären sogar größer, sagt Alattar, wären da nicht die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital, die im internationalen Vergleich wenig wettbewerbsfähig seien. „Es braucht Steuervorteile, damit es für uns interessant ist, in diesem Feld zu investieren“, sagt er mit einem Wink an Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD). Dennoch sehe sein Land in Deutschland Potenzial: „Unsere Langzeitprognose ist positiv.“ Und



Der Botschafter trägt sich ins Goldene Buch ein – mit dabei Staatsminister Gunther Krichbaum (CDU, links) und der Oberbürgermeister Peter Boch. FOTOS: RÖHR

er weiß: „Veränderungen brauchen Zeit.“ Auch die Emirate hätten sich auf den Weg gemacht, sich zu verändern. „Das kann auch schmerzhaft sein“, sagt er. Schmerzhaft sind auch die Reformen, die die schwarz-rote Regierung auf den Weg bringt. „Damit werden wir keine Beliebtheitspreise bekommen“, weiß Krichbaum eingangs. Es gelte, den Kurs zu halten, „um zu zeigen, dass wir reformfähig sind“. Worte, die Alattar gefallen dürften. Besonders lobende Worte findet der

Botschafter für Baden-Württemberg. Es sei mit großen Unternehmen wie Bosch, Mercedes oder Porsche ein echtes „Export-Powerhaus“. „Angesichts der geopolitischen Herausforderungen besteht nunmehr das beiderseitige Interesse, diese Beziehungen zu vertiefen“, sagt dazu Krichbaum eingangs. Dies soll, wie Alattar betonte, in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Verteidigung, Infrastruktur und Energie erfolgen. Gleichzeitig hat

die Bundesregierung Emirates zusätzliche Verkehrsrechte eingeräumt: Die Fluggesellschaft darf künftig neben vier Flughäfen auch den BER anfliegen. „Wir würden auch gerne nach Stuttgart fliegen“, sagt Alattar. Hier wintern nun mittelständische Unternehmen und Start-ups ihre Chance. Beim Mittagstisch sind Firmen aus der Region und darüber hinaus vertreten – und buhlen fast wie bei der „Höhle der Löwen“ um die Gunst des potenziellen Investors. Auch ein Brief wird überreicht. Manche haben zugleich den Mut, kritische Dinge anzusprechen. Etwa ein Unternehmer, dessen Vertrauen in die Integrität des Landes verloren hat, nachdem er bei einem Deal auf seinem Geld sitzengelassen ist. Auch mit der Rolle der Emirate im Sudan wird der Botschafter konfrontiert. Menschenrechtsorganisationen werfen den Emiraten vor, die Rebellengruppe im kriegsgebeutelten Land zu unterstützen. Alattar antwortet diplomatisch, aber knapp: „Wir sind für einen Waffenstillstand im Sudan.“ Auch der Krieg mit dem Iran und die Angriffe der vergangenen Monate kommen zur Sprache. Alattar gibt sich gelassen: „Alles ist wieder zur Normalität zurückgekehrt.“ Man könnte fast sagen: Nun wird wieder in die Hände gespuhkt.